

Bernd Dieng, Rudolf Bosch

Gemeinschaftsschule statt Realschule zweiter Klasse

Ein Plädoyer für nachhaltige Reformen im Schulwesen

Die Einführung der neuen Werkrealschule in Baden Württemberg ist in Fachkreisen sehr umstritten. Wird hier nicht ein erneuter Rettungsversuch zum Erhalt der gegliederten Sekundarschule gestartet, der zum Scheitern verurteilt ist? Wie könnte eine nachhaltige Reform im Schulwesen aussehen? Im folgenden Artikel versuchen Schulpraktiker, die bereits viele erfolgreiche Schulmodelle in Europa kennengelernt haben, diese Fragen zu beantworten.

Die Kette bricht am schwächsten Glied

Vor über 40 Jahren wurde in Baden-Württemberg die Hauptschule eingeführt. Seit über 40 Jahren setzt eine überaus innovative und engagierte Lehrerschaft an der Hauptschule unzählige Maßnahmen zur Stärkung dieser Schulart um. Jedoch ist die Hauptschule in unserem

hierarchisch aufgebauten Schulsystem mittlerweile die am wenigsten nachgefragte Schule. Die erhoffte Akzeptanz in der Elternschaft bleibt aus. Die Übertrittsquote auf die Hauptschule ging von anfänglich fast 70% auf aktuell 25% zurück.

Wenn die Hauptschule zurecht als die erfindungsreichste aller Sekundarschulen gilt – und damit auch pä-

dagogischer Motor des gegliederten Schulwesens ist – liegt es also nahe, anzunehmen, dass die „Abwahl“ dieser Schulart nichts mit deren Qualität zu tun hat. Vielmehr hat in einem hierarchisch aufgebauten System, das nach Marktmechanismen funktioniert, das am wenigsten nachgefragte Produkt „Hauptschul- bzw. Werkrealschulabschluss“ auf Dauer nur geringe Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Kette bricht am schwächsten Glied.

Aus Erfahrungen wenig gelernt

Bereits bei der Einführung der Hauptschule warnten Experten vor dieser Problematik. Selbst die Erweiterung zur Werkrealschule vor 15 Jahren, die den Hauptschülern die Möglichkeit eines mittleren Bildungsabschlusses innerhalb von 6 Jahren ermöglichte, brachte nicht die erwünschte Akzeptanz dieser Schulart. Warum sollte es sich mit der Einführung der „Neuen Werkrealschule“ (NWRS) anders verhalten?

Kultusminister *Rau* geht davon aus, dass durch die Einführung der WRS die Hauptschule in zehn Jahren allmählich verschwinden wird. Damit wäre Baden-Württemberg im Jahre 2020 wieder bei der bekannten Dreigliedrigkeit angekommen, und dabei sind gymnasialer Hochbegabtenzug und verschiedene Sonderschulprofile als weitere Sortierebenen noch gar nicht mit eingerechnet. Die Hierarchie der Schulabschlüsse bliebe bestehen, weiterhin manifestiert durch die höchst fragwürdige Grundschulpflichtempfehlung, die zukünftig eine Einteilung in Hauptschule/WRS – Realschule – Gymnasium vorsieht. Dabei stützt sich dieses Sortieren auf einen wissenschaftlich völlig unhaltbaren dreigeteilten Begabungsbegriff und erzeugt problematische Lernmilieus in sozial entmischten Gruppen. Mit der Einführung der WRS bleiben damit alle bisher genannten Ursachen, die zur „Abwahl“ der Hauptschule/Werkrealschule führten, unverändert.

Es ist schwer nachzuvollziehen, wie man seit über 40 Jahren an einer hierarchischen Struktur und selektiven Logik festhält, die wesentlich für die zentralen Probleme unseres Schulwesens verantwortlich sind, anstatt sich den strukturellen Mängeln wirklich zuzuwenden. Viele parteiunabhängige Verbände, Organisationen, Gruppierungen und Netzwerke haben diese Problemzusammenhänge erkannt und lehnen deshalb die WRS ab, allen voran die unmittelbar Betroffenen – die Lehrer/-innen und die Eltern.

Folgekosten aus dem Festhalten am alten System

Es gilt die berechtigte Sorge, dass über die Detaildiskussion der Umsetzung einer zusätzlichen Schulart (WRS) die benannte grundsätzliche Problematik dieses Schulsystems einmal mehr aus dem Blickfeld gerät.

Durch das Festhalten am gegliederten System, an der weltweit einzigartigen frühzeitigen Auslese von 9- bis 10-jährigen Kindern und der damit verbundenen Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen wird die Möglichkeit verspielt, eine höhere Bildungsgerechtigkeit und insgesamt bessere Leistungen zu erzielen. Es ist völlig unstrittig, dass es kein früh sortierendes System gibt, das beides hervorbringt: gute Leistungsergebnisse und gute Chancengleichheitswerte. Das schaffen nur die erfolgreichen integrativen Systeme.

Die letzten Staaten mit ansatzweise gegliederten Systemen (Österreich, Schweiz, Liechtenstein) haben diesen Zusammenhang erkannt und machen sich auf den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen mit individueller Förderung. Baden-Württemberg schafft im Gegensatz dazu mit der WRS eine weitere Sortierebene. Und dies ungeachtet der Tatsache, dass Selektion als pädagogisches Basisinstrumentarium nahezu allen Erkenntnissen der Pädagogik widerspricht und die Gefahr in sich birgt, langfristig soziale Pulverfässer zu produzieren.

Als Folge der Beibehaltung bzw. des Ausbaus unseres gegliederten Schulsystems verschwindet das flächendeckende Angebot an wohnortnahen Schulen immer mehr. Im Zuge der WRS müssen erst in jüngster Vergangenheit renovierte Schulgebäude im ländlichen Bereich aufgegeben werden. Zeitgleich fahren bis zu 80 Prozent der Kinder eines Jahrgangs in die überfüllten städtischen Realschulen und Gymnasien und zukünftig auch noch in die WRS. Ein Schüler sitzt während seiner Schulzeit von Klasse 5 bis 10 durchschnittlich über ein Schuljahr im Bus. Die ökologischen, sozialen und finanziellen Belastungen sind mittel- und langfristig gesehen immens.

Vom bayerischen Nachbarn lernen

Auch in Bayern erleben wir mit der Einführung der „Neuen Mittelschule“ einen mit Baden-Württemberg vergleichbaren Prozess. Mit dem einen Unterschied: Die in Bayern bereits erfolgte Schließungswelle von 700 wohnortnahen Hauptschulen in den letzten 10 Jahren steht in Baden-Württemberg erst noch bevor. Im Übrigen haben sich in Bayern die grundlegenden Schulstrukturprobleme durch die letzte Schließungswelle nicht gelöst. Aufgrund dieser Erfahrungen wehren sich nun bayrische Bürgermeister zusammen mit vielen Gemeinderatsmitgliedern und Bürgern in einem Offenen Brief an die Bayerische Staatskanzlei. Zitat: „Wir werden einer systematischen Entschulung des ländlichen Raums nicht tatenlos zusehen. Wir werden uns mit einer lapidaren Absage aus München nicht abfinden.“ Sie sehen sich um die Möglichkeit gebracht, pragmatisch Schulstandorte zu erhalten und qualitativ hochwertige Schulabschlüsse vor Ort anbieten zu können – nur weil das Kultusministerium bestimmt, dass die Eigenständigkeit der Schularten nicht angetastet werden darf.

Warum längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen?

Vierorts ließe sich durch ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder eine tragfähige Sekundarschule (Gemeinschaftsschule) einrichten, die ein komplettes Bildungsangebot ohne äußere Trennung garantiert und die auch die wichtige Funktion eines Lebens- und Kulturmittelpunktes der Gemeinde einnehmen könnte (vgl. das Gutachten Bargel, Bargel in diesem Heft). Diese Schulform, die in der deutschen Reformpädagogik vor über 100 Jahren entwickelt wurde, verzichtet auf die frühe Aufteilung auf verschiedene Schularten bis zum Ende der Pflichtschulzeit, bietet jedoch zugleich vielfältige Formen der Differenzierung, Individualisierung und fachlichen Profilierung. Nach Klasse 10 sind dann Anschlüsse von gymnasialer Oberstufe über duale Ausbildung bis zu verschiedenen berufsschulischen Bildungsgängen gegeben.

Im Gegensatz zu den vielen Staaten, die bereits in den letzten 40 Jahren ihr gegliedertes Schulwesen auf ein längeres gemeinsames Lernen umstellten, gäbe es nun den großen Vorteil, auf einen inzwischen wesentlich größeren internationalen Erfahrungsschatz gut funktionierender integrativer Systeme zurückgreifen zu können. Erfolgreich waren jene Staaten, die erkannt haben, dass diese Strukturreform ein Türöffner ist für weitere notwendige Veränderungen vor allem in Richtung einer Unterrichtskultur mit frühzeitiger und individueller Förderung. Die Realität an unseren Sekundarschulen dagegen sieht nach aktuellen Untersuchungen nach wie vor so aus, dass zu 70% darbietender, gleichschrittiger Frontalunterricht stattfindet, der in diesem Umfang einer zeitgemäßen individualisierten Unterrichtskultur nicht entspricht. In der Schulforschung wird in diesem Zusammenhang auch von „Gleichmacherschulen“ gesprochen. Solange unser Schulsystem den Lehrkräften nahelegt, auf Lernprobleme mit Notendruck, Klassenwiederholung und Abstufung im Schulsystem zu reagieren, ist es eine Illusion zu glauben, dass sich alle Lehrkräfte uneingeschränkt dem Prinzip der individuellen Förderung verpflichtet fühlen. Schulstruktur, Schul- und Lernkultur hängen eng zusammen. Wer sie nicht im Zusammenhang diskutiert, nimmt bewusst höchst fragmentarische Lösungsansätze in Kauf.

Dazu ein Zitat eines Kollegen aus Südtirol, den wir auf einer unserer Bildungsreisen kennen lernten: „Einen entscheidenden Unterschied zum gegliederten deutschen Sekundarbereich sehen wir in dem Umstand, dass sich in Südtirol keine Schule die Frage stellen darf, ob sie die richtigen Schüler hat. Jede Schule ist für den Bildungserfolg ihrer Schülerinnen und Schüler verantwortlich. Sie kann sie nicht auf eine andere Schulform abschieben“.

Solange aber ein System hierarchisch ist und zu Abstufungen oder Nicht-Erreichen der von den Eltern gewünschten Schulart führen kann, werden Kinder eher beschämt als wertgeschätzt. Dem Argument, dass die Einführung der

flächendeckenden Gemeinschaftsschule nicht finanzierbar sei, stehen seriöse Berechnungen entgegen. Sie bescheinigen einer inklusiven Gemeinschaftsschule im Sekundarbereich 1 samt geforderter Multiprofessionalität keine höheren Kosten, als sie das derzeitige sehr teure gegliederte System verursacht. Die vor kurzem vom ifo-Institut hochgerechneten volkswirtschaftlichen Folgekosten in Milliardenhöhe, die durch die Ineffizienz des gegliederten Schulsystems entstehen, sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Allein durch die mangelnde Ausbildungsfähigkeit von derzeit ca. 18 % eines Abschlussjahrgangs (mit ein Ergebnis des Lernens in problematischen Lernmilieus durch sozial entmischte Gruppen) entstehen Kosten, die besser zu einem früheren Zeitpunkt investiert werden sollten.

Alle Schularten sollten zur Disposition stehen

Ein von vielen Experten immer wieder genanntes Argument für eine möglichst baldige Bildungsreform ist der prognostizierte demographische Rückgang der Schülerzahlen, der als günstige Voraussetzung für eine gut vorbereitete Schulstrukturänderung gilt.

Warum aber tun wir uns so schwer, unseren Sonderweg zu beenden und eine gemeinsame Schule für alle Kinder einzurichten – so wie es weltweit üblich ist? Weil damit die heilige Kuh unserer Bildungslandschaft angetastet würde: das Gymnasium. Beim PISA-2000-Vergleich der weltweit 5% Besten konnten die wohlsortierten Gymnasiasten aus Baden-Württemberg nicht mit der Leistungsspitze der besten Staaten mit integrativen Schulen mithalten, in denen die Kinder bis zum 9. oder 10. Schuljahr gemeinsam lernen. Um die Beibehaltung des 8-jährigen Gymnasiums zu garantieren, wird in vielen Bundesländern ein zweigliedriges Schulsystem angedacht, wie es seit Jahrzehnten ohne großen Erfolg und mit zunehmender Segregationsproblematik in Österreich praktiziert wird. Das immer wieder vorgebrachte Argument, das Gymnasium sei schließlich die beliebteste Schulform, zeugt von wenig geistiger Anstrengung. Mit derselben Logik ließe sich behaupten, eine Suche nach Alternativen zu fossilen Brennstoffen wäre unnötig, weil die Gasheizung schließlich die beliebteste Heizmethode in Deutschland sei. Die Wissensgesellschaft im Migrationsland Baden-Württemberg braucht eine neue Schule für alle Kinder.

Wie soll diese neue Schule aussehen, damit sie den Anforderungen der heutigen Gesellschaft gerecht wird?

Sie soll eine wohnortnahe Ganztageschule sein, in der alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit gemeinsam lernen. In dieser Schule wird die Verschiedenheit respektiert und gefördert – und nicht

wie heute von allen der gleiche Lehrstoff abverlangt. Jedes einzelne Kind wird in seiner ganz eigenen Entwicklung unterstützt. Von einer „Belehranstalt“ wandelt sich diese Schule in ein „Haus des Lebens und Lernens“, aus dem niemand verwiesen werden kann, weil er in dem einen oder anderen Bereich Defizite hat. Es geht nicht mehr um das Bestrafen von Fehlern, sondern darum, die Stärken der Kinder, deren Eigenverantwortung und Solidarität zu fördern. Keiner wird mehr ausgegrenzt, beschämt oder zurückgelassen. Die Schule passt sich den Schülern an – und nicht umgekehrt.

Die neue Schule öffnet sich zum Sozialraum hin und wird ein wichtiger Teil des Gemeindelebens. Mit den unterschiedlichsten Partnern außerhalb der Schule arbeitet sie zusammen, Fachleute zu verschiedenen Themen bezieht sie in die Arbeit mit ein. Der Unterricht bereitet nicht nur auf den Beruf vor und stellt die so genannte Ausbildungsreife her. Ebenso wichtig ist es, die sozialen, politischen, kreativen und musischen Fähigkeiten der Schüler zu fördern, ihre Phantasie anzuregen und ihnen Lebensfreude zu vermitteln.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sondern schon davor. Ohne Brüche sollen Kinder von der Kleinkindbetreuung bis zum Ende der Schulzeit lernen. Das bedeutet Übergänge ohne Hürden: vom Kindergarten in die Grundschule und dann gemeinsam weiter ohne Auslese nach der 4. Klasse bis zum Ende der Pflichtschulzeit.

Sehr wichtig ist es, mit der Heterogenität, also der Unterschiedlichkeit der Schüler gut und professionell umzugehen. Vielfalt wird nicht als Problem, sondern als Chance begriffen. Zu dieser inklusiven Schule hat sich Deutschland durch die letztjährige Unterzeichnung der UN-Menschenrechtskonvention verpflichtet. Dafür braucht man entsprechend ausgebildete oder fortgebildete Lehrer, die wissen, wie jeder einzelne Schüler in der Gruppe am besten lernen kann. Bildungspolitik muss sich parteiübergreifend, fernab von Lobbyisteninteressen, einzig an der Sache – an einer guten Schule für alle Kinder – orientieren. Angestrebt werden muss eine konsensuale Politik für die demokratische Gesellschaft.

Bernd Dieng

Fachleiter im Seminar (GHS) für
Schulpraktische Ausbildung Meckenbeuren
b-dieng@versanet.de

Rudolf Bosch

Rektor einer Hauptschule
rubosch@gmx.de

Die Autoren sind zwei der vier Verfasser
des Offenen Briefes vom April 2007 an
Kultusminister Rau (vgl. Lehren und Lernen
Heft 7/2007) und bilden den Vorstand
des Vereins „Länger gemeinsam Lernen
– Baden-Württemberg e.V.“
www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de